

# Basta!

Nr. 4 / November 2011

Basels starke Alternative

## Boden behalten - Basel gestalten!

Initiative

Der Titel dieses Artikels ist zugleich der Titel einer Initiative, die kürzlich von Genossenschaften, gemeinnützigen Wohnbaustiftungen, Mitgliedern der SP, der EVP und von Basta! lanciert wurde. Die Initiative verlangt, dass Liegenschaften und Grundstücke des Kantons grundsätzlich nicht verkauft, sondern Dritten nur im Baurecht überlassen werden. Brigitta Gerber erläutert im Folgenden, weshalb dies eine gute Idee und für die zukünftige Entwicklung unserer Stadt wichtig ist.



Basel verkauft Novartis das Land, auf dem die Stromversorgung von Basel-Nord, die Versorgungsanlagen für die dortige Basler Industrie und ein internationaler Verteilerknoten stehen, damit Novartis sich einen etwas grösseren Vorgarten bauen kann. Ein sehr kleinbürgerlicher Wunsch, aber über Geschmack lässt sich nicht streiten. Die Strom-Anlagen brauchen heute weniger Platz und können verkleinert werden, der Standort wird jedoch bleiben. Das sind die Fakten. Zwischennutzungen wie Nordstern oder Gastrobetriebe während des Umbaus oder überhaupt öffentliche Nutzungen wären für die Belebung dieser Ecke des Quartiers äusserst wertvoll. Dies unser Wunsch. Künftig werden aber die IWB bei Novartis versprechen müssen, wenn sie irgendetwas anderes als Strom auf dem Boden platzieren möchten. Es ist davon auszugehen, dass sowohl Fahrräder als auch Gastro- und Partybesucher nicht ins Konzept passen. Beim letzten grösseren Verkauf von Land und Gebäuden auf dem

Münsterhügel ging es um gute Steuerzahler. Doch leider haben die neuen Besitzer aus steuertechnischen Überlegungen dann gar nicht erst ihr Steuerdomizil hier gewählt.

### Baurecht als Norm

Niemand weiss, was in 30 Jahren für Basel „richtig“ sein wird. Niemand weiss heute, wie lange Grossfirmen in ihrer derzeitigen Form bestehen, ob amerikanische Managements oder chinesische Investoren sich neue Standorte ausdenken und Parzellierungen an den Meistbietenden vornehmen. Und niemand weiss, was sich in 100 Jahren an der Stelle des Unterwerks Volta oder der Hünigerstrasse in Basel richtigerweise befinden sollte. Vielleicht ein Park? Vielleicht ein Neubau? Im andern Fall vielleicht ein Veloanschluss ans internationale Velofahrnetz? Und weil das so ist, sollte der Kanton seine Fähigkeit wahren, zu handeln und zu gestalten. Am besten kann er das, wenn die Abgabe von Kantonsboden im Baurecht zur Norm wird. Damit behält der Kanton die Kompetenz, die langfristigen Entwicklungen des Wohnraums demokratisch legitimiert zu steuern. Zudem

Fortsetzung Seite 2

Mutationen an:  
Postfach 225, 4005 Basel

AZB  
4005 Basel

## Hände weg vom U-Abo

Dem U-Abo droht Gefahr. Der Kanton Basel-Landschaft liebäugelt damit, auf Kosten des U-Abos die Staatsfinanzen zu entlasten, und in der Stadt erwägen Politikerinnen und Politiker die Einführung eines Mehrzonensystems. Das eine würde das U-Abo verteuern, das andere dessen Attraktivität deutlich mindern

Dabei ist das U-Abo des Tarifverbundes Nordwestschweiz (TNW) eine Erfolgsgeschichte. Das Ziel bei seiner Einführung vor bald 25 Jahren war, möglichst viele Menschen zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs zu bewegen. Dies ist zweifellos gelungen: 175'000 Menschen – das sind rund 30% der im Verbundgebiet ansässigen Bevölkerung – besitzen heute ein Monats- oder Jahres-Abo. Dieser Erfolg ist nicht zuletzt dem einfachen und kostengünstigen Tarifsystem zu verdanken: ein Tarif für Stadt und Land und für 163 Gemeinden in fünf Kantonen.

Für Basta! sind die Angriffe aufs U-Abo völlig unverständlich. Der Vorstand hat deshalb beschlossen, eine Petition zu lancieren. Darin werden die politischen Entscheidungsträger aufgefordert, das Erfolgsmodell U-Abo nicht leichtfertig aufs Spiel zusetzen, sondern in der heutigen, bewährten Form zu erhalten.

Unterschriftenbogen können auf unserer Website heruntergeladen werden unter der Adresse: [www.basta-bs.ch](http://www.basta-bs.ch).

# Boden behalten... (Fortsetzung)

zahlt sich eine Abgabe im Baurecht langfristig aus – in Form eines Baurechtszinses. Deshalb fordert die Initiative „Boden behalten – Basel gestalten!“, dass Liegenschaften und Grundstücke des Kantons grundsätzlich nicht verkauft, sondern Dritten nur im Baurecht überlassen werden.

## Mehr gemeinnützigen Wohnungsbau

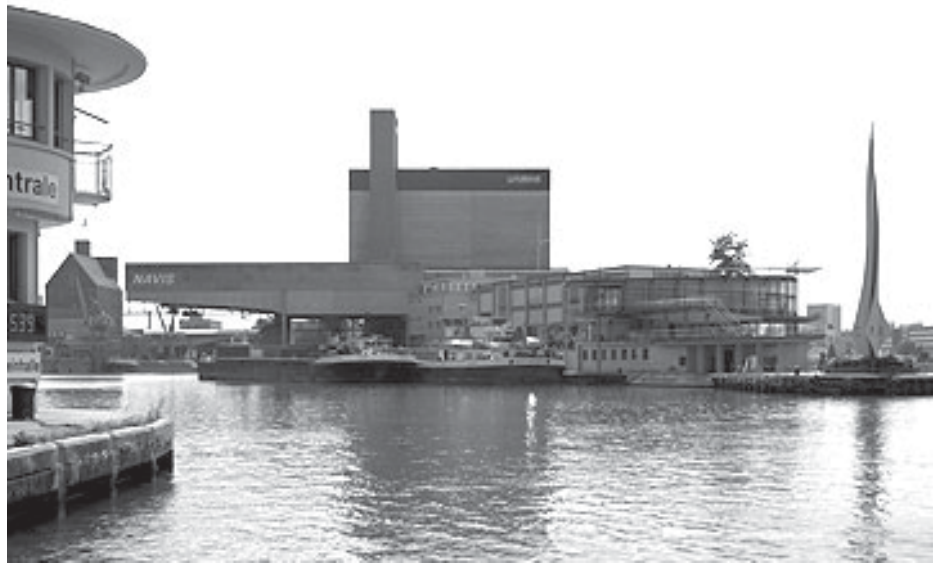
Die Initiative will eine langfristige Änderung der Bodenpolitik des Kantons erreichen. Er soll deutlich mehr gemeinnütziges und umweltschonendes Bauen ermöglichen, auch mit den Mitteln des Mehrwertabgabefonds. Trägerinnen des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind Genossenschaften, Stiftungen und Gemeinden. Sie sind Akteure auf dem Wohnungsmarkt wie andere auch, zielen aber nicht auf möglichst grossen Profit. In der Regel wenden sie das Prinzip der Kostenmiete an. Die so erwirtschafteten Mittel investieren die gemeinnützigen Bauträger in die bestehenden Liegenschaften oder verwenden sie, um das Wohnungsangebot auszuweiten. Das führt dazu, dass solche Wohnungen mittel- und langfristig merklich günstiger sind. In Basel-Stadt entstammt bisher nur ein kleiner Bruchteil aller Wohnungen dem gemeinnützigen Wohnungsbau. Ihren Anteil langfristig zu vergrössern, ist mit ein Anliegen der Initiative.

## Residenzpflicht

In Wohngenossenschaften gilt grundsätzlich die Residenzpflicht. Das bedeutet: Wer dort eine Wohnung mietet, muss auch tatsächlich darin wohnen. Das ist bei herkömmlich bewirtschafteten Immobilien nicht der Fall. So kommt es, dass in Basel einige tausend Wohnungen mehrheitlich leer stehen (Klärung dazu wurde mittels Anzug an die Regierung von mir beantragt). Sie dienen als Zweitwohnsitz von meist eher wohlhabenden Personen. Dadurch entgehen dem Kanton Steuereinnahmen, und die Stadt ist weniger lebendig, als sie sein könnte. Wenn der Kanton seinen Boden im Baurecht abgibt, statt ihn zu verkaufen, dann hat er ein Mitspracherecht. Er kann beispielsweise einfordern, dass in Immobilien, die auf seinem Boden stehen, die Residenzpflicht gilt, sie also als Erstwohnsitz dienen müssen.

## Familienfreundliches Bauen

Ein weiteres Ziel der Initiative ist die Förderung des familienfreundlichen Bauens. Der Kanton soll aktiv investieren in entsprechende eigene Vorhaben oder Pläne von Dritten. Er kann dies, indem er ihnen eigenes Land im Baurecht zuhält, mit klaren Anforderungen an die Familienfreundlichkeit. Attraktiv zu bleiben auch für Eltern und Kinder ist eine wichtige Voraussetzung für eine lebendige Stadt.



Sieht in 100 Jahren wohl anders aus: die Hafeninsel

## Spekulation bremsen

Verkauft der Kanton seinen Boden an private Investoren, ist nicht auszuschliessen, dass die Parzellen in den Strudel der Spekulation geraten. Demgegenüber ist dies ausgeschlossen, wenn der Kanton Areale im Baurecht abgibt. Denn dann bleibt der Boden Eigentum des Kantons. Die Investoren erhalten lediglich das zeitlich beschränkte Recht, den Boden zu bebauen. Darum bremst die Initiative die Spekulation mit dem nicht vermehrbaren Gut Boden.

## Tafelsilber nicht verscherbeln!

Nehmen wir die Initiative in der Abstimmung an, wird zur gesetzlich festgelegten Regel, dass der Kanton den Boden, der ihm gehört, nicht mehr verkaufen darf,

ausser er sorgt für gleichwertigen Ersatz. Beim Novartis-Deal hätte das zumindest heissen können: ein tatsächlicher Abtausch mit dem Schorenareal inklusive des „Filetstücks“ – oder dann eben die Vergabe im Baurecht. Ein Verkaufsstopp beim kantonalen Boden ist sinnvoll, denn Land ist ein knappes Gut, das sich nicht vermehren lässt. Es soll auch unseren Kindern und Kindeskindern zur Verfügung stehen. Deshalb: Tafelsilber des Kantons nicht verscherbeln – langfristige Erträge aus Baurechtszinsen für uns alle!

Bitte unterschreibt den beigelegten Bogen! Weitere Unterschriftenbogen sind herunterzuladen unter:

<http://www.bodeninitiative-basel.ch>

Brigitta Gerber

---

## Sitzverlust trotz gutem Resultat

Das Grüne Bündnis hat bei den Nationalratswahlen gut abgeschnitten, konnte es doch seinen WählerInnen-Anteil um 1.4% auf 13.5% erhöhen. Erfreulich auch das Resultat von BastA!-Kandidatin Sibel Arslan, die auf der Liste hinter Anita Lachenmeier den zweiten Platz belegt. Dass der Sitz trotzdem verloren ging, hängt einerseits mit dem schlechten Abschneiden der SP zusammen, mit der das Grüne Bündnis eine Listenverbindung hatte, andererseits hat sich einmal mehr gezeigt, wie sehr Listenverbindungen den Wählerwillen verfälschen. Mit der CVP hat nun eine Partei den Sitz errungen, die nicht einmal halb so viele Stimmen machte wie das Grüne Bündnis. Wären Listenverbindungen – wie nächstes Jahr bei den Grossratswahlen – nicht erlaubt, hätte das Grüne Bündnis den Sitz problemlos gemacht.

Am gesamtschweizerischen Resultat ist erfreulich, dass die SVP erstmals seit Jahrzehnten Stimmenanteile verlor. Verloren hat aber auch die Grüne Partei, die sich offensichtlich zu stark auf das Thema Atomausstieg konzentriert hatte. Dass ein Rückgang von 1.2% der Stimmen gleich fünf Sitze kostete, ist allerdings Proporzpech. Einzelne Exponenten forderten als Konsequenz des Wahlergebnisses eine inhaltliche Annäherung der Grünen an die Grünliberalen. An der Delegiertenversammlung zeigte sich dann allerdings, dass diese Position nicht derjenigen der Parteibasis entspricht. Eine deutliche Mehrheit der Delegierten votierte dafür, dass Ökologie und soziale Gerechtigkeit untrennbar zusammengehören. Jo Lang rechnete den Delegierten vor, dass die Grünen erst mit dem Beitritt linker Gruppierungen überhaupt zu einer ernst zu nehmenden politischen Kraft wurden, und erntete viel Applaus.

Martin Flickiger und Urs Müller

# Hilfe für Erdbebenopfer in Van



Fahriye Usta  
(rechts im Bild)  
10 Tage vor  
dem Erdbeben  
auf Delegationsreise  
in Van.

Liebe Leserin, lieber Leser

Seit dem 23. Oktober 2011 erschütterten mehrere Erdbeben die Provinz Van im Südosten der Türkei. Über 600 Menschen starben, Tausende wurden verletzt und Zehntausende haben kein Dach mehr über dem Kopf. Inzwischen ist auch noch der Winter mit Schnee und Kälte eingebrochen. Vor allem nach den starken Nachbeben, bei denen erneut mehrere Häuser zusammengestürzt sind, getrauen sich die Menschen nicht mehr in ihre Wohnungen, selbst wenn diese noch unversehrt sind. Auch Wochen nach der Katastrophe ist die Situation immer noch chaotisch. Augenzeugen berichten, Van sei eine «Geisterstadt». Die meisten Läden sind geschlossen, die Bevölkerung wird mit Nahrungsmittelpaketen versorgt.

Der Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, in dem etliche BastA!-Mitglieder aktiv sind, hat eine Hilfsaktion gestartet und sammelt Geld für die Opfer. Vom Swisslos-Fonds bekam der Verein 20 000 Franken, die er zusammen mit weiteren Spenden auf Wunsch der Vertrauenspersonen in Van für heizbare Zelte einsetzen will. Der Verein unterstützt seit 10 Jahren Frauenprojekte in der vorwiegend von Kurdinnen und Kurden bewohnten Stadt und verfügt daher über direkte Kontakte zu Partnerinnen und Partnern vor Ort.

BastA! hat beschlossen, einen Beitrag an die Hilfsaktion zu leisten. Daher dieser Spendenaufruf. Verwenden Sie den beiliegenden Einzahlungsschein und vergessen Sie nicht, den Vermerk «Van» anzubringen. Einzahlungen mit diesem Vermerk werden an den Verein Städtepartnerschaft Basel-Van überwiesen. Ich hoffe auf Ihre Solidarität und danke Ihnen im Voraus.

Fahriye Usta-Kotevoglou



PC 40-31244-5  
Vermerk «Van»

BastA!  
Postfach, 4005 Basel  
sekretariat@basta-bs.ch  
www.basta-bs.ch  
PC 40-31244-5

# BastA!

Basels starke Alternative

# Viel Ehre? Viel Arbeit! Und viel Erfolg für die Partei!

FrAktion

**Patrizia Bernasconi, die neue Fraktionspräsidentin des Grünen Bündnisses, berichtet über ihre ersten Erfahrungen in diesem Amt und über erfreuliche Erfolge der Fraktion.**



14.09.2011, 08.58 Uhr, im Hof des Basler Rathauses: Unzählige Male schon war ich die Treppenstufen zum hehren Grossratssaal hochgestiegen, doch an jenem Tag tat ich es erstmals als Präsidentin der „Fraktion Grünes Bündnis“. Zuvor sagte man mir, diese Funktion sei mit viel Ehre verbunden; tatsächlich bedeutet es viel Arbeit. Und ebenso viele Erfolge. Es ist eine unserer grossen Stärken, dass wir sehr engagiert sind, lebhaft diskutieren und beileibe nicht immer mit einer Meinung da stehen. Bestens zeigt sich dies – welche Herausforderung – an den Fraktionssitzungen! Trotzdem, oder gerade weil wir so sind, wie wir sind, finden wir stets den passenden Weg dazu, unsere Positionen glaubwürdig zu präsentieren. Hier eine kleine Auswahl unserer Highlights der Grossratssitzungen von September, Oktober und November.

**Dank BastA! (und Grüne) bleibt Basel ohne Big Brother.** Videokameras sind wie Schlagbäume: denkbar unintelligente Fahndungsinstrumente. Dies mussten wir einmal mehr in die politische Runde werfen – und blieben erfolgreich! Mit 50 zu 41 Stimmen wurde die Absicht der Regierung, Basel flächendeckend mit Überwachungskameras zu überziehen, schon im Keime erstickt. (GR-Sitzung vom 19.10.2011)

**BastA! (und Grüne) für einmal einsame Ruferinnen in der Wüste.** Als einzige Fraktion tat das Grüne Bündnis etwas für die Finanzierung der Basler Theater. Wir forderten, dass der sogenannte Strukturbeitrag von einer Million auf eineinhalb Millionen erhöht werde. Uns ging es nicht darum, für Baselland in die Bresche zu springen. Wir erkannten aber, dass die Basler Theater ihre Reserven fast schon vollständig aufgezehrt hatten und suchten nach einer nachhaltigen Lösung. Persönlich wäre ich froh gewesen, unser Vorstoss wäre erfolgreich geblieben, weil bekanntlich bei jeglichen Sparmassnahmen als erstes das Personal darunter zu leiden hat. (GR-Sitzung vom 19.10.2011)

**Mindestlohn - erfolgreich einen Schritt weiter.** Wir brachten die Mindestlohn-Motion durch. Die Regierung kann sich nun also nicht länger vor unserer Forderung „4'000 Franken ist das Minimum“ drücken. Das Verdienst fällt unserer Grossrätin Heidi Mück zu. Es ist eine Art Vor-

wegnahme und Verstärkung der vom Schweizerischen Gewerkschaftsbund lancierten nationalen Mindestlohninitiative. Unsere Motion könnte schon mal den Kanton als Arbeitgeber auf die 4'000-Franken-Regelung verpflichten. (GR-Sitzung vom 21.09.2011)

**Konsequent gegen eine „Novartis-hörige“ Regierung.** BastA! lässt sich von der Macht nicht blenden. Dies zeigte sich beim von der Regierung gewünschten Verkauf eines wichtigen Grundstücks an der Voltastrasse. Obwohl nach unserer Rechtsauffassung kein Anspruch darauf bestand, behauptete die Regierung, sie hätte sich zu diesem Verkauf bereits früher verpflichtet. Dieses Austricksen des Grossen Rats und somit der Bevölkerung konnten wir letztlich trotz Sukkurs durch die SP nicht verhindern. Ein Nutzungs- und Gestaltungsrecht an die „Novartis“ hätte es auch getan. Stattdessen führt nun die Liebedienerei der Regierung dazu, dass ein strategisch äusserst wichtiges Grundstück, auf welchem die Stromversorgung von ganz Basel-Nord ruht, nun einer Fremdfirma gehört und der Kanton Basel-Stadt für das dort gelegene IWB-Unterwerk zum Bitt-

steller wird. (GR-Sitzung vom 16.11.2011)

Noch viel Gutes gäbe es zu berichten, was unsere Energien und Dynamik angeht. So konnten wir zwei **BastA!-Vorstösse zur Verbesserung im Bereich der Sozialhilfe** durchsetzen: Unantastbarkeit des Grundbedarfs und Anzug Erhöhung dieses Grundbedarfs auf das basellandschaftliche Niveau.

Was bleibt als erste Erfahrung? Die Fraktionspräsidentin hat sich nicht nur während der Debatten Respekt zu verschaffen – wie dies unter anderem beim regierungsrätlichen „Novartis-Deal“ mit Bestimmtheit geschehen ist. Nein, sie hat auch vor, während und nach den einzelnen Debatten für Ordnung in der Fraktion zu sorgen, versprengte Fraktionsgruppchen rechtzeitig zu Abstimmungen einzusammeln und überhaupt ständig wach und für alle da zu sein. Ganz abgesehen von den besonders spassigen Frühdienstschichten zusammen mit den Präsident/innen der übrigen Fraktionen – Sitzungen, in denen, oh Graus, „Päggli“ geschnürt werden. Aber keine Bange: Für unsere Fraktion schnüre ich nur solche „Päggli“, die wir bis zum Schluss vertreten können.

## Stellenabbau bei Novartis ist Wortbruch

Statt – wie beim sogenannten „Hafendeal“ versprochen – neue Stellen in der Region zu schaffen, baut Novartis in Basel 760 Stellen ab, weitere 320 Stellen sollen in Nyon verschwinden. Für BastA! kommt dieses Vorgehen einem Wortbruch gleich.

Erinnern wir uns: Im Jahre 2005 tritt der Kanton Basel-Stadt das Hafenareal St. Johann für 100 Mio. Franken an Novartis ab. Zusätzlich schenkt der Kanton dem Weltkonzern die Hünigerstrasse, die in den Campus integriert wird. Für die Altlastensanierung auf dem Hafenareal muss der Kanton aufkommen, ebenso für einen wesentlichen Teil der Kosten für die neue Strassenführung nach der Privatisierung der Hünigerstrasse. BastA! hat damals als einzige im Parlament vertretene Partei den sogenannten „Hafendeal“ kritisch hinterfragt und erhielt dafür viel Medienschelte. Dass unsere damalige Skepsis angebracht war, zeigt sich spätestens jetzt.

Der „Hafendeal“ konnte nicht zuletzt deshalb so reibungslos abgewickelt werden, weil Novartis im Gegenzug versprach, in der Region würden in beträchtlichem Ausmass neue Arbeitsplätze entstehen. Und nun das! Der Hafen St. Johann ist noch nicht einmal vollständig zurückgebaut, da teilt Novartis mit, dass in den nächsten drei bis fünf Jahren in Basel 760 Stellen gestrichen werden, weitere 320 in Nyon. Damit ist der moderate Stellenausbau der letzten Jahre mehr als nur neutralisiert. In der Gesamtbilanz resultiert ein deutlicher Stellenabbau. Und dies trotz guter finanzieller Ergebnisse der Firma. Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Konzern den Reingewinn im dritten Quartal um 7% steigern.

Das ist nun der Lohn für das grosszügige Entgegenkommen des Kantons! Wenn es um Profitmaximierung geht, kennt der Weltkonzern keine Rücksichten. Das Nachsehen haben die Angestellten, die ihren Job verlieren, und der Kanton, der sich beim „Hafendeal“ von Novartis über den Tisch ziehen liess.

# Nachmarxistischer Sozialismus

Die Amerikaner können auf dem Mond spazieren gehen, aber kaum mehr am hellen Tag im Central Park von New York. Wenn sich irdische Probleme verschärfen, verkommt die Mondfahrt zur Wirklichkeitsflucht eines Neurotikers. Die erlösende Kraft des Fortschritts erweist sich im Zeitalter der Aufklärung als Illusion. Kommende Generationen bezahlen den Preis für unseren Fortschritt. Arnold Künzli, ehemals Professor für politische Philosophie, stellte seine Überlegungen im Februar 1975 an. Er tat dies kurz vor den Manifestationen gegen das geplante Atomkraftwerk in Kaiseraugst (AG), das sich immerhin verhindern liess. Seine Analyse ist visionär und höchst aktuell.



Die gesellschaftliche Emanzipation ist kein Gnadengeschenk, sondern ein dialogischer Lernprozess. Der Demokratische Sozialismus weitet die Menschenrechte auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft aus. So Arnold Künzli weiter. Er hielt seine engagierte Sicht bis zum Tod (2007) hoch, obwohl der Sozialismus „keinen linken Hund“ mehr hinter dem bürgerlichen Ofen hervorlockte. Bemerkenswert ist daher, dass ein renommierter Basler Verlag das Buch „Tradition und Revolution“ (Schwabe, Okt. 2011, 202 S.) neu auflegte, das erstmals 1975 erschien. Mit grundlegenden Gedanken „Zur Theorie eines nachmarxistischen Sozialismus“. Ausgang bildet der Triumph des Fortschritts von Technik und Wissen, der zu keiner Revolution des Selbstbewusstseins geführt hat.

## Tradition und Revolution

Arnold Künzli plädiert für eine Aufklärung der Aufklärung über sich selbst. Er meint eine Aufklärung, die um ihre eigene Dialektik weiss. Im Sinne einer Emanzipation der Emanzipierenden. Sie hinterfragt auch die Marxsche Dialektik. Ein mündiger Sozialismus versteht sich als selbstreflexive Gesellschaftstheorie einer Praxis radikaler Demokratisierung. Und Revoluti-

on bedeutet keine Absage an alle Tradition. Sie nimmt selektiv auf und führt weiter, was sich bewährt. Kontinuitäten und Brüche kennzeichnen die Geschichte. Arnold Künzli postuliert eine Kritik, die kritisch ist. Und das ist sie nur, wenn sie auch kritisch gegenüber sich selbst bleibt. Für mich ist das die Kernaussage im Buch „Tradition und Revolution“.

Arnold Künzli setzte sich auch dafür ein, den „Realismus der Utopie“ im Programm der Sozialdemokratischen Partei (SP) zu verankern. Als beigezogener Experte regte er insbesondere an, den Gedanken der Selbstverwaltung in das Programm aufzunehmen. Diese Idee konnte sich aber 1981 am SP-Parteitag in Interlaken nicht durchsetzen. Dass das nicht möglich war, enttäuschte Arnold sehr. Der „Schwindel der sozialen Marktwirtschaft“ habe, so Künzli, die Idee der Selbstverwaltung verdrängt. Die Sozialdemokratie sei längst eine bürgerliche Partei geworden, die sich mit dem bestehenden Wirtschaftssystem abgefunden habe, und die ihre wesentliche Aufgabe noch darin sehe, soziale Härten, die dieses System verursacht, zu mildern. Arnold Künzli verstand hingegen nicht, weshalb der Sozialismus keine Zukunft haben sollte: als Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit sowie als dialektische Methode und dialogischer Lernprozess.

## Flaschenpost

Künzli hat die Modeströmungen der Philosophie nicht mitgemacht, sondern kri-

tisch reflektiert. Er tat dies auch im September 2007 in einem Beitrag am Kongress der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie an der Universität Basel. Nach dem Zweiten Weltkrieg trug man, so Künzli, zunächst eine Zeitlang Existenzialismus, dann, mit etwas weniger Emphase, Strukturalismus, der aber bald einmal abgelöst wurde durch einen «new look» des alten Marxismus. Im Dekonstruktivismus habe die Philosophie später einen komplizierten Striptease aufgeführt. Heute trage man wieder Ethik. Moral sei der letzte Schrei. Der Einfluss der Postmoderne mache es mit zeitlichem Verzug möglich, all jenen, die à jour sein wollen, einen entsprechenden Massanzug anzupassen. Wer da nicht mithalten will, findet in Arnold Künzlis Schriften und Flaschenpost wertvolle Anregungen.

Ueli Mäder

	<p><b>Neuerscheinung</b></p> <p>Ueli Mäder und Simon Mugier (Hg.)</p> <p><b>Arnold Künzli – Erinnerungen</b></p> <p>edition gewowip, Basel 2011, 147 S., Fr. 20.-</p> <p>Der Sammelband zum Gedenken Arnold Künzlis (1919-2008) enthält Texte von Menschen, die mit dem politischen Philosophen in regem Austausch standen. Sie zeugen, zusammen mit bisher unveröffentlichten Briefen, von Künzlis Engagement und Lust an Auseinandersetzung. Die Beiträge stammen von: May B. Broda, Otmär Hersche, Helmut Hubacher, Hans Ulrich Jost, Klaus Leisinger, Ueli Mäder, Carola Meier-Seethaler, Simon Mugier, Annemarie Pieper, Christoph Rehmann-Sutter, Regula Renschler, Alexander J. Seiler, Roger Sidler, Christoph Türcke und Maja Wicki-Vogt.</p>
<p><b>Bestellung</b></p> <p>Institut für Soziologie Petersgraben 27 4051 Basel Tel. 061 267 28 15 soziologie@unibas.ch</p>	

## Kurdisches Drama

Nur 10 Tage vor dem verheerenden Erdbeben besuchte eine Delegation aus Basel die Städte Van und Diyarbakir. Hier in aller Kürze ihr Bericht.

Die politische Situation im Osten der Türkei hat sich seit unserem letzten Besuch dramatisch zugespitzt. Premierminister Erdogan scheint entschlossen zu sein, die PKK militärisch zu vernichten und die BDP (legale kurdische Partei) politisch lahmzulegen. Während er sich in der Weltöffentlichkeit als Wahrer der Menschenrechte aufspielt, hat die Verhaftungswelle

in seinem eigenen Land ein unvorstellbares Ausmass angenommen und geht weiter. Die politische Artikulation der kurdischen Frage soll mit allen Mitteln unterdrückt werden. Inzwischen sitzen über 4'000 BDP-Aktivistinnen und Aktivisten im Gefängnis, darunter Abgeordnete, AnwältInnen, kritische JournalistInnen und demokratisch gewählte BürgermeisterInnen.

Diese massive Repression bleibt nicht ohne Auswirkungen auf die Stimmung in der Bevölkerung. Eine gewisse Gleichgültigkeit mache sich breit: Was geschehen wird, wird eben geschehen, da kann man nichts machen, meint etwa Bekir Kaya, Bürgermeister von Van, und Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakir,

ergänzt, in den Köpfen der Menschen setze sich zunehmend die Idee fest, mit legalen Mitteln könne man ja doch nichts erreichen. Wenn er an Parteiversammlungen von der Notwendigkeit eines Friedensprozesses spreche, würden die Jungen aufstehen und fragen: „Welchen Frieden meint ihr denn? Den Frieden in den Gefängniszellen?“

Als wir eine Woche nach unserer Rückkehr vom Erdbeben erfuhren, waren wir erschüttert. Die Katastrophe trifft die Region in einer politisch äusserst angespannten Lage. Noch mehr erschüttert hat uns die Nachricht, dass trotz des Erdbebens die Verhaftungswelle ungebrochen weitergeht.

Martin Flückiger

# Keine Voltamatte, nirgends!

Satire

**Kennen Sie die Voltamatte? Die Voltamatte war mal ein abgasgeschwängerter Unort im St. Johann, eingeklemmt zwischen Industriearéal und Schnellstrasse. Heute ist die Voltamatte eine Baustelle. Novartis und Rot-Grün sei Dank wird dieser Ort aufgewertet, wie das ganze St. Johann, das ja auch ein Unort ist, behaust von fremden Fötzeln, armen Schluckern und randalierenden Jugendlichen. Das ist nicht die Klientel, die sich Basel Tourismus oder die Steuerbehörde wünschen.**

Sie müssen wissen: Das eigentliche Problem mit der Voltamatte ist der Urwald. Sie haben richtig gehört: Auf der Voltamatte gibt es einen kleinen Wald, mit Baumhütten, Strickleitern und Verstecken, wo unbeaufsichtigte Kinder ihr Unwesen treiben und ein suspekter Roger an lauen Sommerabenden für eine multikulturelle Kundenschaft grilliert. Als liberal denkender Mensch könnte man das ja noch dulden. Zum Problem wird diese Brutstätte des Anarchismus aber, weil sie unmittelbar an den Campus Novartis angrenzt. Und der Campus ist nun nicht einfach ein Industriearéal, sondern der Ort, wo die Macht hockt. Die Mächtigen müssen sich schützen, das war schon im Mittelalter so. Burgen und Schlösser wurden mit Wassergräben umge-

ben. Genau darum muss auch die Baumgruppe auf der Voltamatte weg. Die Ritter der Trutzburg Novartis wollen freie Sicht. Stellen Sie sich vor, der schwarze Block installiert im Schutz des Wäldchens eine auf den Campus gerichtete Stinkbombenkanone. Das könnte ja noch mehr Arbeitsplätze kosten, als Novartis bereits angekündigt hat. Das darf nicht sein. Der Ruf nach Freiräumen ist mehr als berechtigt. Deshalb ist der Campus, wo Mächtige frei schalten und walten können, für Basel immens wichtig.

Es ist ja nun nicht so, dass den Bewohnerinnen und Bewohnern des arg gebeutelten Quartiers etwas weggenommen würde. Im Gegenteil. Auf der Voltamatte entsteht ein moderner Robispielplatz, gestylt, übersichtlich, kontrollierbar. Und auch sonst verändert sich im Quartier einiges zum Besseren. Die „Imprimerie“ beispielsweise, einst eine rauchige Beiz, wo man für lächerliche 10 Franken essen konnte und an langen Tischen über Gott und die Welt debatierte, ist heute ein schickes Lokal. Viele Hausbesitzer überlegen sich, ihre Mietwohnungen aufzupeppen. Mit Einbauküche und grosszügigem Bad lässt sich der Mietzins problemlos verdoppeln. Die sogenannten „Expats“ sind durchaus in der Lage, so horrenden Mieten zu bezahlen.

Aber denken Sie nun ja nicht, im St. Johann sei die Revolution ausgebrochen.

Der Fortschritt kommt nicht von einem Tag auf den andern. Er schleicht sich ein. Da eine teure Boutique, dort eine Loft, hier ein Neubau, im Briefkasten eine moderate Mietzinserhöhung. So fügt sich ein Mosaiksteinchen ans andere. Und irgendwann dominieren dann im Quartierscoop die Finefood-Produkte. Die Revolution der Reichen kommt auf Samtpfoten. Das wird eine saubere Sache.

Die Wahlen haben deutlich gezeigt: Der Trend geht zur Mitte, also zum Mittelstand, zu dem Stand eben, der Mittel hat, vor allem finanzielle. Und für diesen Stand wird das St. Johann immer attraktiver. Das kommt auch der rot-grünen Regierung entgegen. Der Mittelstand ist schliesslich ihre Basis. Die Minderbemittelten wählen sowieso rechts und sollen sich gefälligst anderswo niederlassen.

Wenn ich das Basler Rathaus betrete, überkommen mich manchmal romantische Gefühle. Kein Wassergraben, kein Stacheldrahtzaun, man kann einfach so reinspazieren. Man spürt einen Hauch Demokratie. Aber der Marktplatz ist ja auch nicht die Voltamatte. Auf der Voltamatte haben junge Menschen die Trutzburg der Mächtigen belagert. Sie wurden verjagt. Im Rathaus hockt nicht die Macht, da werden die Mächtigen hofiert.

Rudi Ratlos

- Ich interessiere mich für BastA! Schickt mir mehr Unterlagen.
- Ich möchte regelmässig von BastA! hören. Ich spende mindestens Fr. 30.- und bekomme den detaillierten BastA!-Versand.
- Ich will Mitglied von BastA! werden und bezahle einen monatlichen Beitrag von Fr. \_\_\_\_\_.-  
(Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag für Leute mit geringem Einkommen beträgt Fr. 10.- pro Monat).
- Ich bestelle die Broschüre „Mobilität mit Qualität“ (38 Seiten, Unkostenbeitrag Fr. 5.-)

Name: \_\_\_\_\_

Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Telephon/Fax: \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an:  
BastA!, Basels starke Alternative  
Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel  
oder Fax 691 16 31

